Reichsgesetzblatt

Teil II

1926 | Ausgegeben zu Berlin, den 14. Juli 1926 | Nr. 31

Inhalt: Gesetz über die Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Dänemark über Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse und Behandlung deutscher Handlungsreisender in Dänemark. Vom 9. Juli 1926 ..... S. 371

Gesetz über den Deutsch-Estnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag. Vom 8. Juli 1926 ... S. 374

Gesetz über die Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Dänemark über Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse und Behandlung deutscher Handlungsreisender in Dänemark. Vom 9. Juli 1926.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Den beiden in Berlin am 20. März 1926 durch Notenaustausch getroffenen Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Dänemark über Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse und über die Behandlung deutscher Handlungsreisender in Dänemark wird zugestimmt.

Die Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem 10. Tage nach dem Tage in Kraft, an dem die Aushändigung der deutschen Ratifikationsurkunde an die Königlich Dänische Gesandtschaft in Berlin erfolgt.

Berlin, den 9. Juli 1926.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Vereinbarung über Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse

Auswärtiges Amt.

Berlin, den 20. März 1926.

Herr Gesandter,

Im Anschluß an die Besprechungen über die Wünsche der Königlich Dänischen Regierung wegen der Verzollung einzelner dänischer Erzeugnisse beehre ich mich, die Ergebnisse, über die sich die Reichsregierung und die Königlich Dänische Regierung geeinigt haben, zusammenzufassen:

Die nachstehend bezeichneten dänischen Erzeugnisse werden bei der Einfuhr nach Deutschland zu den folgenden Bedingungen zugelassen:

Nr. des deutschen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz in RM
aus 100	Anmerkungen: 1 Zollermäßigungen, die Deutschland für Pferdeschläge von reinem Kaltblut gewährt, werden unter entsprechenden Voraussetzungen auch auf die Pferde des jütländischen sowie des in Dänemark gezogenen sogenannten belgischen Schlages (reines Kaltblut) und der Kreuzung dieser Schläge untereinander angewendet.	

Königlich Dänische Gesandtschaft.

Berlin, den 20. März 1926.

Herr Ministerialdirektor,

Im Anschluß an die Besprechungen über die Wünsche der Königlich Dänischen Regierung wegen der Verzollung einzelner dänischer Erzeugnisse beehre ich mich, die Ergebnisse, über die sich die Königlich Dänische Regierung und die Reichsregierung geeinigt haben, zusammenzufassen:

Die nachstehend bezeichneten dänischen Erzeugnisse werden bei der Einfuhr nach Deutschland zu den folgenden Bedingungen zugelassen:

Nr. des deutschen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz in RM
aus 100	Anmerkungen: 1. Zollermäßigungen, die Deutschland für Pferdeschläge von reinem Kaltblut gewährt, werden unter entsprechenden Voraussetzungen auch auf die Pferde des jütländischen sowie des in Dänemark gezogenen sogenannten belgischen Schlages (reines Kaltblut) und der Kreuzung dieser Schläge untereinander angewendet.	

Nr. des deutschen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz in RM
(aus 100)	Soweit keine weitergehenden Zollermäßigungen dieser Art gelten, werden Pferde des jütländischen Schlages und des in Dänemark gezogenen sogenannten belgischen Schlages (reines Kaltblut) und der Kreuzung dieser Schläge untereinander mit einem Zollsatz belegt, der keinesfalls höher sein darf als 200,— RM das Stück für Pferde im Werte bis zu 1 000,— RM das Stück und als 250,— RM das Stück für Pferde im Werte von mehr als 1 000,—, aber nicht mehr als 2 500,— RM das Stück. Um die ermäßigten Zollsätze zu genießen, müssen die Einbringer für jedes Pferd ein Zeugnis eines staatlich ermächtigten dänischen Tierarztes beibringen, aus dem erhellt, daß das Tier ausschließlich dem reinen jütländischen oder dem reinen in Dänemark gezogenen sogenannten belgischen Schlage oder der Kreuzung dieser Schläge untereinander angehört. Sind in dem Zeugnis des staatlich ermächtigten dänischen Tierarztes auch Angaben über den Wert der Tiere am Versendungsorte enthalten, so hat das deutsche Zollamt das Zeugnis in der Regel als eine ausreichende Grundlage für die Einreihung der Tiere in eine der beiden Wertstaffeln anzunehmen, sofern der Zollpflichtige den Abfertigungspapieren eine Zusammenstellung der bei der Versendung der Pferde bis zur Grenzzollstelle entstandenen Fracht- sowie der etwaigen Versicherungs- und Kommissionskosten beifügt. Die Reichsregierung und die Königlich Dänische Regierung werden sich über die Bezeichnung der mit der Ausfertigung der Zeugnisse betrauten Tierärzte und über das bei der Ausfertigung zu beobachtende Verfahren verständigen. In Zweifelsfällen bleibt den deutschen Behörden das Recht gewahrt, nachzuprüfen, ob das eingeführte Pferd die Merkmale und Eigenschaften besitzt, von denen die zollbegünstigte Behandlung abhängt, und ob sein Wert zutreffend angegeben ist. 2. Zollermäßigungen, die Deutschland für Warmblutpferde gewährt, werden unter entsprechenden Voraussetzungen auch auf Warmblutpferde dänischen Ursprungs angewendet.	
aus 108	Anmerkung: Köpfe und Spitzbeine von Schweinen, Zungen, Lebern, Herz, Niere, Zwerchfell, Milz, Lungen, Luftröhren von Vieh (ausgenommen Federvieh), alle diese lediglich zur Erhaltung während der Versendung durch Bestreuen mit Salz oder durch Begießen mit Salzwasser eingesalzen, werden vertragsmäßig nicht als einfach zubereitet, sondern als frisch verzollt.	
aus 135	Dänischer Steppenkäse, dänischer Tafelkäse, dänischer Tilsiterkäse und dänischer sogenannter Backsteinkäse, nicht in Einzelpackungen von 2 1/2 kg Rohgewicht oder darunter	20,— für 1 dz
	Anmerkung: Falls Deutschland einem dritten Lande für irgendeine andere besondere Sorte von Hartkäse einen niedrigeren Zoll zugestehen sollte als für die genannten dänischen Käsesorten, so wird auf diese der gleiche Zollsatz angewendet werden.	

Sollten in künftigen Handelsvertragsverhandlungen binnen Jahresfrist für Warmblutpferde der Zolltarif-Nummer 100 keine zolltarifarischen Zugeständnisse gemacht

Nr. des deutschen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Zollsatz in RM
(aus 100)	Soweit keine weitergehenden Zollermäßigungen dieser Art gelten, werden Pferde des jütländischen Schlages und des in Dänemark gezogenen sogenannten belgischen Schlages (reines Kaltblut) und der Kreuzung dieser Schläge untereinander mit einem Zollsatz belegt, der keinesfalls höher sein darf als 200,— RM das Stück für Pferde im Werte bis zu 1 000,— RM das Stück und als 250,— RM das Stück für Pferde im Werte von mehr als 1 000,— RM, aber nicht mehr als 2 500,— RM das Stück. Um die ermäßigten Zollsätze zu genießen, müssen die Einbringer für jedes Pferd ein Zeugnis eines staatlich ermächtigten dänischen Tierarztes beibringen, aus dem erhellt, daß das Tier ausschließlich dem reinen jütländischen oder dem reinen in Dänemark gezogenen sogenannten belgischen Schlage oder der Kreuzung dieser Schläge untereinander angehört. Sind in dem Zeugnis des staatlich ermächtigten dänischen Tierarztes auch Angaben über den Wert der Tiere am Versendungsorte enthalten, so hat das deutsche Zollamt das Zeugnis in der Regel als eine ausreichende Grundlage für die Einreihung der Tiere in eine der beiden Wertstaffeln anzunehmen, sofern der Zollpflichtige den Abfertigungspapieren eine Zusammenstellung der bei der Versendung der Pferde bis zur Grenzzollstelle entstandenen Fracht- sowie der etwaigen Versicherungs- und Kommissionskosten beifügt. Die Königlich Dänische Regierung und die Reichsregierung werden sich über die Bezeichnung der mit der Ausfertigung der Zeugnisse betrauten Tierärzte und über das bei der Ausfertigung zu beobachtende Verfahren verständigen. In Zweifelsfällen bleibt den deutschen Behörden das Recht gewahrt, nachzuprüfen, ob das eingeführte Pferd die Merkmale und Eigenschaften besitzt, von denen die zollbegünstigte Behandlung abhängt, und ob sein Wert zutreffend angegeben ist. 2. Zollermäßigungen, die Deutschland für Warmblutpferde gewährt, werden unter entsprechenden Voraussetzungen auch auf Warmblutpferde dänischen Ursprungs angewendet.	
aus 108	Anmerkung: Köpfe und Spitzbeine von Schweinen, Zungen, Lebern, Herz, Niere, Zwerchfell, Milz, Lungen, Luftröhren von Vieh (ausgenommen Federvieh), alle diese lediglich zur Erhaltung während der Versendung durch Bestreuen mit Salz oder durch Begießen mit Salzwasser eingesalzen, werden vertragsmäßig nicht als einfach zubereitet, sondern als frisch verzollt.	
aus 135	Dänischer Steppenkäse, dänischer Tafelkäse, dänischer Tilsiterkäse und dänischer sogenannter Backsteinkäse, nicht in Einzelpackungen von 2 1/2 kg Rohgewicht oder darunter	20,— für 1 dz
	Anmerkung: Falls Deutschland einem dritten Lande für irgendeine andere besondere Sorte von Hartkäse einen niedrigeren Zoll zugestehen sollte als für die genannten dänischen Käsesorten, so wird auf diese der gleiche Zollsatz angewendet werden.	

Sollten in künftigen Handelsvertragsverhandlungen binnen Jahresfrist für Warmblutpferde der Zolltarif-Nummer 100 keine zolltarifarischen Zugeständnisse ge-

werden, so ist die Reichsregierung bereit, über die Ergänzung der vorstehenden Zolltarifzugeständnisse auf diesem Gebiete mit der Königlich Dänischen Regierung erneut zu verhandeln, ohne Gegenleistungen zu beanspruchen.

Diese Zusagen unterliegen deutscherseits der Ratifikation. Sie treten am 10. Tage nach dem Tage in Kraft, an dem die Aushändigung der deutschen Ratifikationsurkunde an die Königlich Dänische Gesandtschaft in Berlin erfolgt. Von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens an bleiben die obigen Zusagen ein Jahr lang in Geltung. Wenn die Deutsche Regierung ihre Absicht, diese Zusagen zurückzunehmen, unter Einhaltung der Kündigungsfrist nicht vor Ablauf der Geltungsdauer mitgeteilt hat, wird die Geltungsdauer um jeweils 6 Monate verlängert. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate.

Gern benutze ich diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Gesandter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. Ritter

An
den Königlich Dänischen Gesandten
Herrn Kammerherrn Zahle.

macht werden, so ist die Reichsregierung bereit, über die Ergänzung der vorstehenden Zolltarifzugeständnisse auf diesem Gebiete mit der Königlich Dänischen Regierung erneut zu verhandeln, ohne Gegenleistungen zu beanspruchen.

Diese Zusagen unterliegen deutscherseits der Ratifikation. Sie treten am 10. Tage nach dem Tage in Kraft, an dem die Aushändigung der deutschen Ratifikationsurkunden an die Königlich Dänische Gesandtschaft in Berlin erfolgt. Von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens an bleiben die obigen Zusagen ein Jahr lang in Geltung. Wenn die Deutsche Regierung ihre Absicht, diese Zusagen zurückzunehmen, unter Einhaltung der Kündigungsfrist nicht vor Ablauf der Geltungsdauer mitgeteilt hat, wird die Geltungsdauer um jeweils 6 Monate verlängert. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate.

Ich benutze den Anlaß, um Ihnen, Herr Ministerialdirektor, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. Herluf Zahle

Seiner Hochwohlgeboren
Herrn Ministerialdirektor Ritter
Auswärtiges Amt
Berlin.

Vereinbarung über die Behandlung deutscher Handlungsreisender in Dänemark

Auswärtiges Amt

Berlin, den 20. März 1926.

Herr Gesandter,

Unter Bezugnahme auf die über die Behandlung deutscher Handlungsreisender geführten Verhandlungen beehre ich mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage zu bestätigen, wonach die Königlich Dänische Regierung bereit ist, den deutschen Wünschen in folgender Weise Rechnung zu tragen:

A. Die Königlich Dänische Regierung wird folgende Erleichterungen alsbald auf administrativem Wege in Kraft setzen:

1. Die Zutrittsscheine (Adgangsbevis) werden nur noch von Handlungsreisenden im eigentlichen Sinne gefordert werden, wobei unter Handlungsreisenden nicht nur Angestellte oder Reisende mit Mustern verstanden werden.
2. Die dänischen Vorschriften über die Meldepflicht der Handlungsreisenden und deren Kontrolle werden eine allgemeine Erleichterung erfahren, die sich insbesondere erstrecken soll auf:
   a) Befreiung von persönlicher Meldung bei den gesetzlichen Kontrollstellen,
   b) Meldung der Handlungsreisenden nur bei einer einzigen Kontrollstelle an jedem Orte,
   c) Änderung der Meldevorschriften dahingehend, daß statt der jetzt geforderten Meldung vor

Königlich Dänische Gesandtschaft.

Berlin, den 20. März 1926.

Herr Ministerialdirektor,

Unter Bezugnahme auf die über die Behandlung deutscher Handlungsreisenden geführten Verhandlungen beehre ich mich, Ihnen zu bestätigen, daß die Königlich Dänische Regierung bereit ist, den deutschen Wünschen in folgender Weise Rechnung zu tragen:

A. Die Königlich Dänische Regierung wird folgende Erleichterungen alsbald auf administrativem Wege in Kraft setzen:

1. Die Zutrittsscheine (Adgangsbevis) werden nur noch von Handlungsreisenden im eigentlichen Sinne gefordert werden, wobei unter Handlungsreisenden nicht nur Angestellte oder Reisende mit Mustern verstanden werden.
2. Die dänischen Vorschriften über die Meldepflicht der Handlungsreisenden und deren Kontrolle werden eine allgemeine Erleichterung erfahren, die sich insbesondere erstrecken soll auf:
   a) Befreiung von persönlicher Meldung bei den gesetzlichen Kontrollstellen,
   b) Meldung der Handlungsreisenden nur bei einer einzigen Kontrollstelle an jedem Orte,
   c) Änderung der Meldevorschriften dahingehend, daß statt der jetzt geforderten Meldung vor

Beginn der geschäftlichen Tätigkeit eine möglichst baldige Meldung danach, spätestens innerhalb 24 Stunden nach Ankunft, genügen soll,

d) Handhabung der geltenden Vorschriften dahin, daß die Betätigung in den Grenzdistrikten Kopenhagens und der »Købstæder«, wie z. B. Frederiksberg, Hellerup, Gentofte, nicht als Verletzung des Verbots der Betätigung außerhalb der »Købstæder« betrachtet wird.

B. Die Königlich Dänische Regierung wird den dänischen gesetzgebenden Körperschaften Gesetzesvorschläge vorlegen, in welchen folgende weiteren Erleichterungen eingeführt werden sollen:

bis 15. April 1926:

die Herabsetzung der Gebühren für Zutrittsscheine — Hauptscheine — in folgender Weise:

Zutrittsscheine mit einer Gültigkeitsdauer von 45 Tagen zu einer Gebühr von 100 Kronen;

Zutrittsscheine mit einer Gültigkeitsdauer von 1 Jahr zu einer Gebühr von 300 Kronen;

die Gebühren für die Ergänzungsscheine (Tillægsbevis) werden im gleichen Verhältnis herabgesetzt;

bis Ende des Jahres 1926:

a) weitere Erleichterung der jetzt geltenden Verpflichtung zum Vorzeigen der Zutrittsscheine an jedem Ort, wo die Geschäfte gemacht werden, so daß diese Pflicht ganz oder im wesentlichen fortfällt;

b) Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Handlungsreisenden über die eigentlichen »Købstæder« hinaus.

Diese Zusagen bleiben vom 15. April 1926 an 1 Jahr lang in Geltung. Die Geltungsdauer wird, falls nicht fristgemäß Kündigung erfolgt, um jeweils 6 Monate verlängert. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate.

Gern benutze ich diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Gesandter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. Ritter

An
den Königlich Dänischen Gesandten
Herrn Kammerherrn Zahle.

Begin der geschäftlichen Tätigkeit eine möglichst baldige Meldung danach, spätestens innerhalb 24 Stunden nach Ankunft, genügen soll.

d) Handhabung der geltenden Vorschriften dahin, daß die Betätigung in den Grenzdistrikten Kopenhagens und der »Købstæder«, wie z. B. in Frederiksberg, Hellerup, Gentofte nicht als Verletzung des Verbots der Betätigung außerhalb der »Købstæder« betrachtet wird.

B. Die Königlich Dänische Regierung wird den dänischen gesetzgebenden Körperschaften Gesetzesvorschläge vorlegen, in welchen folgende weiteren Erleichterungen eingeführt werden sollen:

bis 15. April 1926:

die Herabsetzung der Gebühren für Zutrittsscheine — Hauptscheine — in folgender Weise:

Zutrittsscheine mit einer Gültigkeitsdauer von 45 Tagen zu einer Gebühr von 100 Kronen:

Zutrittsscheine mit einer Gültigkeitsdauer von 1 Jahr zu einer Gebühr von 300 Kronen;

die Gebühren für die Ergänzungsscheine (Tillægsbevis) werden im gleichen Verhältnis herabgesetzt;

bis Ende des Jahres 1926:

a) weitere Erleichterung der jetzt geltenden Verpflichtung zum Vorzeigen der Zutrittsscheine an jedem Ort, wo die Geschäfte gemacht werden, so daß diese Pflicht ganz oder im wesentlichen fortfällt;

b) Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Handlungsreisenden über die eigentlichen »Købstæder« hinaus.

Diese Zusagen bleiben vom 15. April 1926 an 1 Jahr lang in Geltung. Die Geltungsdauer wird, falls nicht fristgemäß Kündigung erfolgt, um jeweils 6 Monate verlängert. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate.

Ich benutze den Anlaß, um Ihnen, Herr Ministerialdirektor, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. Herluf Zahle

Seiner Hochwohlgeboren
Herrn Ministerialdirektor Ritter
Auswärtiges Amt
Berlin.

Gesetz über den Deutsch-Estnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag. Vom 8. Juli 1926.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, daß mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem am 10. August 1925 in Berlin unterzeichneten Deutsch-Estnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag und dem dazugehörigen Schlußprotokoll vom gleichen Tage wird zugestimmt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 8. Juli 1926.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Deutsch-Estnischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag
Eesti-Saksa vaheline vahekohtu ja lepituse leping

Das Deutsche Reich
und
die Republik Estland,

von dem Wunsche erfüllt, die Entwicklung des Verfahrens zur friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten zu fördern, sind übereingekommen, einen allgemeinen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben zu Bevollmächtigten ernannt die deutsche Regierung:

den Reichsminister des Auswärtigen
Herrn Dr. Gustav Stresemann,

die Regierung der Republik Estland:
den Herrn Außenminister
Kaarel Robert Pusta,

die, nachdem sie ihre Vollmachten geprüft und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, alle Streitigkeiten irgendwelcher Art, die zwischen ihnen entstehen und nicht in angemessener Frist auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, nach Maßgabe des gegenwärtigen Vertrags entweder einem Schiedsgerichtsverfahren oder einem Vergleichsverfahren zu unterwerfen.

Streitigkeiten, für deren Schlichtung die vertragschließenden Teile durch andere zwischen ihnen bestehende Abmachungen an ein besonderes Verfahren gebunden sind, werden nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Abmachungen behandelt.

Artikel 2

Dem Schiedsgerichtsverfahren werden auf Verlangen einer Partei, unter Vorbehalt der Bestimmungen der Artikel 3 und 4, diejenigen Streitigkeiten unterworfen, die betreffen

erstens: Bestand, Auslegung und Anwendung eines zwischen den beiden Parteien geschlossenen Staatsvertrags;

zweitens: irgendeine Frage des internationalen Rechts;

drittens: das Bestehen einer Tatsache, die, wenn sie erwiesen wird, die Verletzung einer zwischenstaatlichen Verpflichtung bedeutet;

viertens: Umfang und Art der Wiedergutmachung im Falle einer solchen Verletzung.

Eesti Vabariik
ja
Saksa Riik

täidetud soovist edendada riikidevaheliste tüliküsimuste rahulikul teel lahendamise menetluse väljaarenemist, on kokku leppinud sõlmida üldise vahekohtu ja lepituse lepingu.

Selleks otstarbeks nimetasid oma täisvolinikkudeks

Eesti Vabariigi Valitsus:
Härra Välisminister Kaarel Robert Pusta,

Saksa Riigi Valitsus:
Härra Välisminister Dr Gustav Stresemann,

kes peale oma heas ja tarvilises korras leitud volituste läbikatsumist kokku leppisid järgmiste eeskirjade kohta:

Artikkel 1

Lepinguosalised kohustuvad kõiki tüliküsimusi, olgu nad mis laadi tahes, mis nende vahel tekivad ja kohase aja jooksul ei ole lahendatavad diplomaatilisel teel, lahendamisele anda käesoleva lepingu kohaselt kas vahekohtu ehk lepituse korras.

Tüliküsimusi, millede lahendamisel mõlemad Lepinguosalised muude, nende vahel sõlmitud kokkulepete läbi on seotud mingisuguse erilise lahenduskorraga, käsitatakse nende kokkulepete eeskirjade kohaselt.

Artikkel 2

Artiklite 3. ja 4. eeskirju puudutamata antakse ühe Lepinguosalise nõudmisel lahendamisele vahekohtu korras tüliküsimused, mis puutuvad

esimeseks: mõlema Lepinguosalise vahel sõlmitud mingisuguse lepingu jõusolekusse, tõlgitsemisesse ja käsitsemisesse;

teiseks: mõnesse rahvusvahelise õiguse küsimusse;

kolmandaks: tõsiasja olemasolusse, mis, kui ta tõestatakse, mõne riikidevahelise kohustuse rikkumist tähendab;

neljandaks: heakstegemise ulatusse ja viisi, niisuguse rikkumise korral.

Bestehen zwischen den Parteien Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Streitigkeit zu den vorstehend bezeichneten Arten gehört, so wird über diese Vorfrage im Schiedsgerichtsverfahren entschieden.

Artikel 3

Bei Fragen, die gemäß den Landesgesetzen der Partei, gegen die ein Begehren geltend gemacht wird, von richterlichen Behörden, mit Einschluß der Verwaltungsgerichte, zu entscheiden sind, kann diese Partei verlangen, daß die Streitigkeiten dem Schiedsgerichtsverfahren erst unterworfen werden, nachdem in dem Gerichtsverfahren eine endgültige Entscheidung gefällt worden ist, und daß die Anrufung des Schiedsgerichts spätestens sechs Monate nach dieser Entscheidung erfolge. Dies gilt nicht, wenn es sich um einen Fall von Rechtsverweigerung handelt und die gesetzlich vorgesehenen Beschwerdestellen angerufen worden sind.

Entsteht zwischen den Parteien eine Meinungsverschiedenheit über die Anwendung der vorstehenden Bestimmung, so wird darüber im Schiedsgerichtsverfahren entschieden.

Artikel 4

Erhebt eine Partei bei einer Streitigkeit der in Artikel 2 bezeichneten Arten die Einrede, daß es sich um eine Angelegenheit handele, die ihre Unabhängigkeit, die Unversehrtheit ihres Gebiets oder andere höchste Lebensinteressen betreffe, so kommt für die Streitigkeit, falls die andere Partei diese Behauptung als zutreffend anerkennt, nicht das Schiedsgericht, sondern das Vergleichsverfahren zur Anwendung. Wird dagegen die Behauptung von der anderen Partei nicht als zutreffend anerkannt, so ist darüber im Schiedsgerichtsverfahren zu entscheiden.

Anerkennt das Schiedsgericht die bezeichnete Einrede als begründet, so überweist es die Streitigkeit dem Vergleichsverfahren; sonst entscheidet es selbst darüber.

Eine Partei, welche die bezeichnete Einrede der Gegenpartei nicht als zutreffend anerkennt, kann sich gleichwohl ohne vorherige Herbeiführung einer schiedsgerichtlichen Entscheidung über die Einrede mit der Durchführung des Vergleichsverfahrens einverstanden erklären. Sie kann dabei jedoch den Vorbehalt machen, daß, wenn der Vergleichsvorschlag nicht von beiden Parteien angenommen wird, das Schiedsgericht zur Entscheidung über die Einrede und gegebenenfalls auch über die Streitigkeit selbst angerufen werden kann.

Artikel 5

Das Schiedsgericht legt seinen Entscheidungen zugrunde

erstens: die zwischen den Parteien geltenden Übereinkünfte allgemeiner oder besonderer Art und die sich daraus ergebenden Rechtssätze;

zweitens: das internationale Gewohnheitsrecht als Ausdruck einer allgemeinen, als Recht anerkannten Übung;

drittens: die allgemeinen von den Kulturstaaten anerkannten Rechtsgrundsätze.

Soweit im einzelnen Falle die vorstehend erwähnten Rechtsgrundlagen Lücken aufweisen, entscheidet das Schiedsgericht nach den Rechtsgrundsätzen, die nach seiner Ansicht die Regel des internationalen Rechts sein sollten. Es folgt dabei bewährter Lehre und Rechtsprechung.

Kui Lepinguosaliste vahel arvamised lahku lähevad selle üle, kas mõni tüliküsimus eelnimetatud liikidesse kuulub, siis otsustatakse see eelküsimus vahekohtu korras.

Artikkel 3

Küsimuste juures, millede otsustamine selle Lepinguosalise seaduste järele, kelle vastu nõudmine on esitatud, kuulub kohtuasutustele, administratiivkohtud kaasa arvatud, võib see Lepinguosaline nõuda, et need tüliküsimused antaks lahendamisele vahekohtu korras alles pärast seda, kui kohtu poolt lõpulik otsus on tehtud, ning et esitamine vahekohtule sünniks hiljemalt kuus kuud pärast niisugust otsust. See eeskiri ei ole maksev juhtumusel, kui on tegemist keeldumisega õigusemõistmisest ning on pööratud seaduses ettenähtud apellatsiooni asutuste poole.

Tekib tüliosaliste vahel mõtetelahkuminek eelseisva eeskirja käsitsemise asjus, siis otsustatakse see vahekohtu korras.

Artikkel 4

Kui üks tüliosaline artikkel 2-ses ettenähtud laadi tüliküsimuse juures väitega esineb, et tüliküsimus puudutavat tema rippumatust, tema territooriumi puutumatust ehk muid kõrgeimaid elulisi huvisid, siis tuleb tarvitusele tüliküsimuse lahendamiseks, kui teine asjaosaline selle väite õigeks tunnustab, mitte vahekohtuline vaid lepituse menetlus. Kui sellevastu niisugust väidet teise asjaosalise poolt õigeks ei tunnustata, tuleb see otsustamisele vahekohtu korras.

Tunnustab vahekohus tähendatud väite põhjendatuks, siis annab ta tüliküsimuse üle lahendamisele lepituskorras; muidu otsustab ta selle ise.

Tüliosaline, kes vastaspoole eeltähendatud väidet õigeks ei tunnusta, võib siiski, ilma eelkäiva vahekohtu otsuseta väite kohta, nõusolekut avaldada lepituse menetluse teostamiseks. Ta võib sellejuures ometi eeltingimusena üles seada, et juhtumusel, kui lepitusettepanekut mõlemate asjaosaliste poolt vastu ei võeta, võidakse vahekohtu poole pöörata ettepanekuga otsust teha väite ja antud juhtumusel ka tüliküsimuse enda asjus.

Artikkel 5

Vahekohus võtab otsustetegemisel aluseks

esimeseks: asjaosaliste vahel maksvad, üldise ehk erilise iseloomuga kokkulepped ja neist järelduvad õiguse põhilaused;

teiseks: rahvusvahelise kombeõiguse, kui õiguseks tunnustatud üldise harjumuse väljenduse;

kolmandaks: üldised, kultuurriikide poolt tunnustatud õiguse põhilaused.

Niivõrd, kui üksikul juhtumusel eeltähendatud õiguslikud alused katkendilised on, otsustab vahekohus õiguse põhimõtete kohaselt, mis tema arvamise järele rahvusvahelise õiguse reeglid peaksid olema. Ta peab selle juures kinni kindlana osutunud õigusõpetusest ja õigusmõistmisest.

Mit Zustimmung beider Parteien kann das Schiedsgericht seine Entscheidung, anstatt sie auf Rechtsgrundsätze zu stützen, nach billigem Ermessen treffen.

Artikel 6

Sofern nicht die Parteien im einzelnen Fall eine entgegenstehende Vereinbarung treffen, wird das Schiedsgericht in folgender Weise bestellt.

Jede Partei ernennt zwei Schiedsrichter nach freier Wahl. Nur einer von diesen beiden darf Staatsangehöriger der Partei sein, der andere ist zu wählen auf der Grundlage des Verzeichnisses der Mitglieder des durch das Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 geschaffenen Ständigen Schiedshof im Haag. Die auf diesem Wege ernannten Schiedsrichter wählen gemeinsam einen fünften Richter, der gleichzeitig Vorsitzender des Schiedsgerichts sein soll. Um die Benennung dieses fünften Richters soll mangels einer Einigung innerhalb der im Artikel 8 Absatz 1 vorgesehenen sechsmonatlichen Frist der Schweizerische Bundespräsident ersucht werden. Weder die aus dem oben genannten Verzeichnisse entnommenen Richter noch der Vorsitzende dürfen Staatsangehörige einer der beiden Parteien sein. Sie sollen weder auf deren Gebiet ihren Wohnsitz haben, noch in ihren Diensten stehen. Sollte einer dieser Umstände bei einem der letztgenannten drei Richter nachträglich eintreten, so kann jede Partei verlangen, daß er ersetzt werde. Streitigkeiten darüber, ob diese Voraussetzungen zutreffen, werden von den übrigen vier Richtern entschieden, wobei nötigenfalls der älteste der Richter den Vorsitz führt. Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende eine doppelte Stimme.

Die Wahl der Richter erfolgt von neuem für jeden einzelnen Streitfall. Die vertragschließenden Teile behalten sich jedoch vor, im gemeinsamen Einverständnis die Wahlen in der Weise vorzunehmen, daß für gewisse Arten von Streitfällen während eines bestimmten Zeitraums dieselben Richter dem Schiedsgericht angehören.

Mitglieder des Schiedsgerichts, die aus irgendeinem Grunde ausscheiden, werden in der gleichen Weise ersetzt, wie sie berufen worden sind.

Artikel 7

Die vertragschließenden Teile werden in Ausführung des gegenwärtigen Vertrags in jedem Einzelfall eine besondere Schiedsordnung festsetzen. Darin werden der Streitgegenstand, die etwaigen besonderen Befugnisse des Gerichts, dessen Zusammensetzung und Sitz, die Höhe des von jeder Partei als Kostenvorschuß zu hinterlegenden Betrags, die hinsichtlich der Form und der Fristen des Verfahrens zu beobachtenden Regeln sowie die sonst notwendigen Einzelheiten bestimmt.

Meinungsverschiedenheiten über die Bestimmungen der Schiedsordnung werden, vorbehaltlich des Artikel 8, vom Schiedsgericht entschieden.

Artikel 8

Kommt zwischen den Parteien nicht binnen sechs Monaten, nachdem die eine der anderen das Begehren nach schiedsgerichtlicher Austragung einer Streitigkeit mitgeteilt hat, die Schiedsordnung zustande, so kann jede Partei den in Artikel 14 vorgesehenen Ständigen Vergleichsrat zwecks Feststellung der Schiedsordnung

Mõlema asjaosalise nõusolekul võib vahekohus oma otsust teha oma parema äranägemise järele, selle asemel, et seda õiguse põhilausetele rajada.

Artikkel 6

Niivõrd, kui asjaosalised mõnel üksikul juhtumusel teisitikokku ei lepi, moodustatakse vahekohus järgmisel viisil.

Kumbki Lepinguosaline nimetab kaks vahekohtunikku vabal valikul. Ainult üks neist mõlemaist võib olla selle Lepinguosalise kodanik, teine tuleb valida Haagi alalise vahekohtu liikmete nimekirjast, mis asutatud Haagi kokkuleppe põhjal rahvusvaheliste tüliküsimuste rahulise lahendamise kohta, 18. oktoobrist 1907. Sel teel valitud vahekohtunikud valivad ühiselt viienda vahekohtuniku, kes peab olema ühtlasi vahekohtu esimees. Kokkuleppele mittejõudmisel artikkel 8—da 1 lõikes ettenähtud kuuekuulise tähtaja jooksul tuleb selle viienda kohtuniku nimetamise palvega pöörata Shveitsi Liidupresidendi poole. Ei eelnimetatud nimekirjast valitud kohtunikud ega esimees ei või olla kummagi Lepinguosalise kodanikud. Nad ei tohi omada elukohta nende territooriumil ega nende teenistuses seista. Peaks üks neist asjaoludest kellegi kohta nimetatud kolmest kohtunikust tagantjärele tõsiasjaks saama, siis võib kumbki Lepinguosaline nõuda tema asendamist uuega. Mõtetelahkuminekud selle kohta, kas need eeldused õiged on, otsustatakse ülejäänud nelja kohtuniku poolt, kusjuures vanem kohtunikkudest tarviduse korral esimehe kohuseid täidab. Häälte poolenemisel omab esimees kahekordse hääle.

Kohtunikkude valik sünnib uuesti iga üksiku tüliküsimuse puhul. Lepinguosalistele jääb siiski õigus ühisel kokkuleppel valimist niiviisi ette võtta, et teatud iseloomuga tüliküsimuste tarvis, kindlaksmääratud aja jooksul, ühed ja needsamad kohtunikud vahekohtusse kuuluvad.

Vahekohtu liikmed, kes milgi põhjusel välja langevad, asendatakse uutega samal viisil, kui nemad valitud.

Artikkel 7

Käesoleva lepingu täitmiseks seavad Lepinguosalised kokku igal üksikul juhtumisel erilise lahendamiskorra. Selles määratakse ära tüliasi, kohtu võimalikud erilised volitused, selle koosseis ja asukoht, kuludeavansi summa suurus, mis kummalgi asjaosalisel tuleb sisse maksta, reeglid, mida tuleb silmas pidada menetluse vormi ja tähtaegade suhtes, kui ka muud tarvilikud üksikasjad.

Arvamiste lahkuminekud lahendamiskorra eeskirjade asjus otsustatakse vahekohtu poolt, niivõrd kui artikkel 8. seda teisiti ei määra.

Artikkel 8

Kui asjaosaliste vahel kuue kuu jooksul pärast seda, kui üks neist teisele teatanud oma nõudmisest antud tüliküsimust vahekohtu korras arutamisele anda, ei jõuta kokkuleppele lahendamiskorra asjus, siis võib kumbki asjaosaline pöörata artikkel 14 - das ettennähtud alalise

anrufen. Dieser hat binnen zwei Monaten nach seiner Anrufung die Schiedsordnung festzusetzen, wobei der Streitgegenstand aus den Anträgen der Parteien ermittelt wird.

Es ist ebenso zu verfahren, wenn eine Partei die von ihr zu ernennenden Richter nicht bezeichnet hat.

Der Ständige Vergleichsrat ist ferner befugt, bis zur Bestellung des Schiedsgerichts über jede andere Streitigkeit zu entscheiden, die sich auf die Schiedsordnung bezieht.

Artikel 9

Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen mit einfacher Stimmenmehrheit. Die abweichende Ansicht eines in der Minderheit gebliebenen Mitgliedes wird auf sein Verlangen festgestellt.

Artikel 10

Der Schiedsspruch wird Angaben über die Art seiner Ausführung, insbesondere über die dabei zu beobachtenden Fristen, enthalten.

Wird in einem Schiedsspruch festgestellt, daß eine von einem Gericht oder einer anderen Behörde einer der beiden Parteien getroffene Entscheidung oder Verfügung ganz oder teilweise mit dem Völkerrecht in Widerspruch steht, können aber nach dem Verfassungsrechte dieser Partei die Folgen der Entscheidung oder Verfügung durch Verwaltungsmaßnahmen nicht oder nicht vollständig beseitigt werden, so ist der verletzten Partei in dem Schiedsspruch auf andere Weise eine angemessene Genugtuung zuzuerkennen.

Artikel 11

Unter Vorbehalt anderweitiger Abrede in der Schiedsordnung kann jede Partei bei dem Schiedsgerichte, das den Spruch erlassen hat, die Revision dieses Spruches beantragen. Der Antrag kann nur mit der Ermittelung einer Tatsache begründet werden, die einen entscheidenden Einfluß auf den Spruch auszuüben geeignet gewesen wäre und bei Schluß der Verhandlung dem Schiedsgerichte selbst und der Partei, welche die Revision beantragt hat, ohne ihr Verschulden unbekannt war.

Mitglieder des Schiedsgerichts, die aus irgendeinem Grunde für das Revisionsverfahren ausscheiden, werden in der gleichen Weise ersetzt, wie sie berufen worden sind.

Die Frist, innerhalb deren der im Absatz 1 vorgesehene Antrag gestellt werden kann, ist im Schiedsspruch zu bestimmen, sofern dies nicht in der Schiedsordnung geschehen ist.

Artikel 12

Alle Streitigkeiten, die zwischen den Parteien über Auslegung und Ausführung des Schiedsspruchs entstehen sollten, unterliegen, vorbehaltlich anderweitiger Abrede, der Beurteilung des Schiedsgerichts, das den Spruch gefällt hat. Dabei findet die Bestimmung des Artikel 11 Absatz 2 entsprechende Anwendung.

Artikel 13

Alle Streitigkeiten, die nicht nach den vorhergehenden Artikeln dieses Vertrags dem Schiedsgerichtsverfahren unterworfen werden, sind auf Verlangen einer Partei im Vergleichsverfahren zu behandeln.

Behauptet die andere Partei, daß der im Vergleichsverfahren anhängig gemachte Streitfall vom Schieds-

lepitusnõukogu poole lahendamiskorra kokkuseadmise otstarbel. Viimasel tuleb kahe kuu jooksul peale ettepaneku saamist lahendamiskord kokku seada, kusjuures tüliasi asjaosaliste esitiste põhjal ära määratakse.

Samal viisil tuleb talitada, kui üks asjaosaline ei ole nimetanud tema poolt määratavat kohtunikku.

Alaline lepitusnõukogu on edasi volitatud kuni vahekohtu kokkuseadmiseni iga muud, lahendamiskorda puutuvat tüliküsimust otsustama.

Artikkel 9

Vahekohus teeb oma otsused lihthäälteenamusega. Vähemusse jäänud liikme eriarvamine märgitakse tema nõudmisel üles.

Artikkel 10

Vahekohtu otsus sisaldab andmeid täidesaatmise viisi, eriti tähtaegade kohta, millest sellejuures tuleb kinni pidada.

Kui vahekohtu otsuses kindlaks tehakse, et kummagi Lepinguosalise kohtu ehk muu ametiasutuse poolt tehtud otsus ehk määrus täiesti ehk osaliselt rahvusvahelise õigusega vastolus seisab, sealjuures aga võimalik ei ole selle Lepinguosalise põhiseadusliku õiguse järele otsuse ehk määruse järeldusi kõrvaldada ehk mitte täielikult kõrvaldada administratiiv-abinõudega, siis tuleba vahekohtu otsuse järele kannatajale asjaosalisele muul viisil vastavat vastutasu määrata.

Artikkel 11

Niivõrd kui see lahendamiskorras ei ole teisiti määratud, võib kumbki asjaosaline vahekohtule, kes antud otsuse teinud, otsuse revideerimise ettepaneku esitada. Ettepanekut võib põhjendada ainult tõsiasja kindlakstegemisega, mis oleks kohane olnud otsuse peale mõõduandvat mõju avaldama ja mis läbirääkimiste lõpul vahekohtule enesele kui ka asjaosalisele, kes revideerimise ettepanekuga esinenud, teadmata oli, ilma et ta selles süüdi oleks olnud.

Vahekohtu liikmed, kes revisjonimenetluse puhul mingisugusel põhjusel välja langevad, asendatakse uutega sama korra järele, kui nad on nimetatud.

Tähtaeg, mille jooksul võib esitada 1. lõikes ettenähtud ettepanekut, tuleb määrata vahekohtu otsuses, niivõrd kui see lahendamiskorras ei ole sündinud.

Artikkel 12

Kõik tüliküsimused, mis võiksid tekkida asjaosaliste vahel vahekohtu otsuse tõlgitsemise ja täidesaatmise asjus, alluvad, kui selle kohta teisiti kokku ei lepita, vahekohtu otsustamisele, kelle poolt antud otsus tehtud. Sellejuures leiab artikkel 11. 2. lõike eeskiri vastavat käsitsemist.

Artikkel 13

Kõik tüliküsimused, mis käesoleva lepingu eeltoodud artiklite põhjal ei allu vahekohtulisele menetlusele, tulevad käsitleda ühe asjaosalise nõudmisel lepituse korras.

Kui teine asjaosaline seisukohale asub, et lepituse menetluseks ettepandud tüliküsimus tuleks

gerichte zu entscheiden sei, so entscheidet dieses zunächst über diese Vorfrage.

Die Regierungen der vertragschließenden Teile können im gemeinsamen Einverständnis eine Streitigkeit, für die nach dem gegenwärtigen Vertrage das Schiedsgericht angerufen werden kann, endgültig oder unter Vorbehalt der späteren Anrufung des Schiedsgerichts im Vergleichsverfahren behandeln lassen.

Artikel 14

Für das Vergleichsverfahren wird ein Ständiger Vergleichsrat gebildet.

Der Ständige Vergleichsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Die vertragschließenden Teile ernennen, jeder für sich, nach freier Wahl je ein Mitglied und berufen die drei übrigen Mitglieder im gemeinsamen Einverständnis. Diese drei Mitglieder sollen nicht Angehörige der vertragschließenden Staaten sein, noch sollen sie auf deren Gebiet ihren Wohnsitz haben oder in deren Dienst stehen. Aus ihrer Mitte wird der Vorsitzende durch die vertragschließenden Teile gemeinsam bezeichnet.

Jedem vertragschließenden Teile steht das Recht zu, jederzeit, sofern nicht ein Verfahren im Gange oder von einer Partei beantragt worden ist, das von ihm ernannte Mitglied abzuberufen und dessen Nachfolger zu bestimmen. Unter den gleichen Voraussetzungen steht es jedem der vertragschließenden Teile auch frei, die Zustimmung zur Berufung jedes der drei gemeinsam berufenen Mitglieder zurückzuziehen. In diesem Falle muß unverzüglich zur gemeinsamen Berufung eines neuen Mitgliedes geschritten werden.

Der Ständige Vergleichsrat wird im Laufe von sechs Monaten nach Austausch der Ratifikationsurkunden dieses Vertrags gebildet. Ausscheidende Mitglieder werden gemäß dem für die erstmalige Wahl maßgebenden Verfahren so rasch als möglich ersetzt.

Wenn die Berufung der gemeinsam zu berufenden Mitglieder nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden oder, im Falle der Ergänzung des Ständigen Vergleichsrats, nicht innerhalb von drei Monaten nach Ausscheiden eines Mitgliedes stattgefunden hat, so sollen die vertragschließenden Teile je zwei Mitglieder nach freier Wahl ernennen und einen Obmann im gemeinsamen Einverständnis berufen. Je einer der von den Parteien ernannten Mitglieder ebenso wie der Obmann sollen nicht Angehörige der vertragschließenden Teile sein, noch sollen sie auf deren Gebiete ihren Wohnsitz haben oder in deren Diensten stehen. Um die Benennung des Obmanns soll mangels einer Einigung der Schweizerische Bundespräsident ersucht werden.

Artikel 15

Der Ständige Vergleichsrat tritt in Wirksamkeit, sobald er von einer Partei angerufen wird. Diese richtet ihr Begehren gleichzeitig an den Vorsitzenden des Ständigen Vergleichsrats und an die andere Partei. Der Vorsitzende hat den Ständigen Vergleichsrat in kürzester Frist einzuberufen.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, in allen Fällen und in jeder Hinsicht die Arbeiten des Ständigen Vergleichsrats zu fördern und ihm insbesondere durch die zuständigen Behörden jede Rechtshilfe zu gewähren. Sie werden dem Ständigen Vergleichsrat die Möglichkeit gewähren, auf ihrem Gebiete nach Maßgabe der dort den Gerichten zustehenden Be-

otsustada vahekohtu poolt, siis võtab vahekohus kõige pealt selle eelküsimuse otsustamisele.

Lepinguosaliste poolte valitsused võivad, ühisel kokkuleppel, tüliküsimuse, mida käesoleva lepingu järele võib esitada vahekohtule, lõpulikult ehk hiljema vahekohtule esitamise eeldusel harutamisele anda lepituse korras.

Artikkel 14

Lepituse menetluse tarvis moodustatakse alaline lepitusnõukogu.

Alaline lepitusnõukogu seisab koos viiest liikmest. Lepinguosalised nimetavad, kumbki omalt poolt vabal valikul, ühe liikme ja kutsuvad ülejäänud kolm liiget ühisel kokkuleppel. Need kolm liiget ei või olla Lepinguosaliste riikide kodanikud, ega või samuti nende territooriumil elukohta omada ehk nende teenistuses seista. Nende hulgast nimetatakse esimees Lepinguosaliste poolt ühiselt.

Kummalgi Lepinguosalisel on õigus, niivõrd kui mõni menetlus käimas ehk ühe Lepinguosalise poolt algatatud ei ole, igal ajal tema poolt nimetatud liikme ära kutsuda ja talle järeltulija määrata. Samadel eeldustel on kummalegi Lepinguosalisele vabadus antud tagasi võtta oma nõusolekut igaühe kutsumise kohta kolmest ühiselt valitavast liikmest. Niisugusel juhtumusel tuleb otsekohe samme astuda uue liikme ühiseks valimiseks.

Alaline lepitusnõukogu moodustatakse kuue kuu jooksul pärast käesoleva lepingu ratifikatsioonikirjade vahetamist. Väljalangevad liikmed asendatakse, nii kiirelt kui võimalik, uutega esmakordsel valimisel tarvituselolnud korra järele.

Kui ühiselt valitavate liikmete kutsumine ei ole sündinud kuue kuu jooksul peale ratifikatsioonikirjade vahetamist ehk, alalise lepitusnõukogu täiendamise korral, kolme kuu jooksul pärast liikme väljalangemist, siis peavad Lepinguosalised nimetama kumbki 2 liiget vabal valikul ja esimehe omavahelisel kokkuleppel. Üks kummagi Lepinguosalise poolt nimetatud liikmetest samuti kui esimees ei või olla Lepinguosaliste kodanikud, ega või nende territooriumil elukohta omada ehk nende teenistuses seista. Kokkuleppele mittejõudmise korral tuleb esimehe nimetamise palvega pöörata Shveitsi Liidupresidendi poole.

Artikkel 15

Alaline lepitusnõukogu astub tegevusse nii pea, kui üks Lepinguosaline tema poole pöörab. See esitab oma nõude ühelajal alalise lepitusnõukogu esimehele kui ka teisele Lepinguosalisele. Esimehel tuleb kõige kiiremas korras alaline lepitusnõukogu kokku kutsuda.

Lepinguosalised kohustuvad alalise lepitusnõukogu töid kõigil juhtumustel ja igapidi edendama ja talle eriti asjaomaste ametiasutuste kaudu võimaldama igatlaadi õiguslikku abi. Nad annavad alalisele lepitusnõukogule võimalust oma territooriumil, samavõrd kui seal kohtud selleks volitatud, tunnistajaid ja asjatundjaid ette kutsuda ja üle

fugnisse Zeugen und Sachverständige vorzuladen und zu vernehmen und Augenschein einzunehmen. Der Ständige Vergleichsrat kann die Beweise entweder in vollständiger Besetzung oder durch eines oder mehrere der gemeinsam berufenen Mitglieder erheben.

Artikel 16

Der Ständige Vergleichsrat bestimmt seinen Sitz. Er kann ihn nach freiem Ermessen verlegen.

Der Ständige Vergleichsrat bildet nötigenfalls eine Kanzlei. Soweit er in die Kanzlei Angehörige der Parteien beruft, hat er dabei die Parteien gleichmäßig zu berücksichtigen.

Artikel 17

Der Ständige Vergleichsrat ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsmäßig geladen und mindestens die gemeinsam berufenen Mitglieder anwesend sind.

Sollte der Vergleichsrat auf Grund des Artikel 14 Absatz 5 zustande gekommen sein, so ist er als beschlußfähig anzusehen, wenn alle Mitglieder ordnungsmäßig geladen sind, und mindestens drei Richter, darunter der Obmann, anwesend sind.

Soweit dieser Vertrag es nicht anders vorsieht, trifft der Ständige Vergleichsrat seine Entschließungen mit einfacher Stimmenmehrheit. Im Falle der Stimmengleichheit hat der Vorsitzende eine doppelte Stimme.

Artikel 18

Dem Ständigen Vergleichsrat liegt ob, einen Bericht zu erstatten, der den Sachverhalt feststellt und, wenn die Umstände des Falles dazu Anlaß geben, Vorschläge für die Beilegung der Streitigkeit enthält. In dem Berichte wird die abweichende Ansicht eines in der Minderheit gebliebenen Mitglieds auf sein Verlangen festgestellt.

Der Bericht ist innerhalb von sechs Monaten nach dem Tage zu erstatten, an dem die Streitigkeit dem Ständigen Vergleichsrat unterbreitet wurde, es sei denn, daß die Parteien diese Frist im gemeinsamen Einverständnis verkürzen oder verlängern. Der Bericht soll in drei Ausfertigungen verfaßt werden, von denen je eine jeder Partei ausgehändigt, die dritte vom Ständigen Vergleichsrat aufbewahrt wird.

Der Bericht hat weder in bezug auf die Tatsachen noch in bezug auf die rechtlichen Ausführungen die Bedeutung einer endgültig bindenden Entscheidung. Jedoch hat sich jede Partei innerhalb einer im Berichte festzusetzenden Frist darüber zu erklären, ob und inwieweit sie die Feststellungen des Berichts anerkennt und dessen Vorschläge annimmt. Diese Frist darf die Zeit von drei Monaten nicht überschreiten.

Es ist Sache der Parteien, im gemeinsamen Einverständnis zu bestimmen, ob der Bericht unverzüglich veröffentlicht werden soll. Kommt es jedoch nicht zu einem solchen Einverständnis, so kann der Ständige Vergleichsrat seinerseits aus besonderen Gründen die sofortige Veröffentlichung des Berichts veranlassen; hierzu bedarf es der Zustimmung von mindestens vier Mitgliedern.

Artikel 19

Jede Partei trägt die Vergütung für die Tätigkeit der von ihr ernannten Mitglieder des Ständigen Vergleichsrats sowie die Hälfte der Vergütung für die Tätigkeit der gemeinsam berufenen Mitglieder.

kuulata ning kohapeal oludega tutveneda. Alaline lepitusnõukogu võib tõenduse koguda kas täies koosseisus või ühe ehk mitme ühiselt kutsutud liikme läbi.

Artikkel 16

Alaline lepitusnõukogu määrab ise oma asukoha. Ta võib seda vaba heaksarvamise järele muuta.

Alaline lepitusnõukogu asutab tarviduse korral kantselei. Niivõrd kui ta kantseleisse ametisse võtab Lepinguosaliste kodanikke, tuleb tal sellejuures Lepinguosalisi üheväärilselt arvesse võtta.

Artikkel 17

Alaline lepitusnõukogu on otsusevõimuline, kui kõigile liikmetele korrapäraselt kutsed on saadetud ja nõupidamisel viibivad vähemalt ühiselt kutsutud liikmed.

On lepitusnõukogu kokku seatud artikkel 14. 5. lõike põhjal, siis tuleb teda otsusevõimuliseks pidada, kui kõikidele liikmetele kutsed korrapäraselt on saadetud ja nõupidamisel viibivad vähemalt 3 kohtunikku, nende hulgas esimees.

Niivõrd kui see käesolevas lepingus ei ole teisiti ette nähtud, teeb alaline lepitusnõukogu oma otsused liht-häälteenamusega. Häälte poolenemisel omab esimees kahekordse hääle.

Artikkel 18

Alaline lepitusnõukogu on kohustatud aruande esitama, milles asjalugu kindlaks tehakse, ja mis sisaldab ettepanekuid tüliküsimuse lahendamiseks, kui küsimuse asjaolud selleks põhjust annavad. Aruandes märgitakse ära vähemussejäänud liikme eriarvamine, tema nõudmisel.

Aruanne tuleb esitada kuue kuu jooksul päevast, mil tüliküsimus esitati alalisele lepitisnõukogule, kui asjaosalised seda tähtaega ei lühenda või ei pikenda ühisel kokkuleppel. Aruanne peab olema valmistatud kolmes eksemplaaris, milledest kummalegi asjaosalisele üks üle antakse, kuna kolmas alalise lepitusnõukogu poolt alal hoitakse.

Aruandel ei ole ei tõsiasjade ega õiguseseletuste suhtes lõpulikult siduva otsuse tähendust. Siiski tuleb kummalgi asjaosalisel teatada aruandes kindlaksmääratud tähtaja kestvusel, kas ja kuivõrd ta aruande konstateerimisi tunnustab ja selle ettepanekud vastu võtab. See tähtaeg ei tohi olla üle kolme kuu.

Tüliosaliste asjaks jääb määrata ühisel kokkuleppel, kas aruanne tuleb otsekohe avaldada. Kui siiski niisugusele kokkuleppele ei jõuta, siis võib alaline lepitusnõukogu erilistel põhjustel omalt poolt otsustada, et aruanne tuleb viibimata avaldada; selleks on vaja vähemalt nelja liikme nõusolekut.

Artikkel 19

Kumbki Lepinguosaline maksab tasu alalise lepitusnõukogu tema poolt nimetatud liikmetele, kui ka poole tasust ühiselt kutsutud liikmete tegevuse eest.

Jede Partei trägt die von ihr veranlaßten Kosten des Verfahrens sowie die Hälfte der Kosten, die von dem Ständigen Vergleichsrat als gemeinsame bezeichnet werden.

Artikel 20

Der im Schiedsgerichtsverfahren gefällte Spruch ist von den Parteien nach Treu und Glauben zu erfüllen.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, während der Dauer des Schiedsgerichts- oder Vergleichsverfahrens nach Möglichkeit jede Maßnahme zu vermeiden, die auf die Erfüllung des Schiedsspruchs oder die Annahme der Vorschläge des Ständigen Vergleichsrats nachteilig zurückwirken könnte. Im Sinne dieser Bestimmung dauert das Vergleichsverfahren bis zu dem Zeitpunkt, den der Ständige Vergleichsrat für die Annahmeerklärung der Parteien festsetzt.

Das Schiedsgericht kann auf Verlangen einer Partei vorsorglich Maßnahmen anordnen, soweit diese von den Parteien auf dem Verwaltungswege durchgeführt werden können; ebenso kann der Ständige Vergleichsrat zum gleichen Zwecke Vorschläge machen.

Artikel 21

Unter Vorbehalt entgegenstehender Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags oder der Schiedsordnung ist für das Schiedsgerichts- und Vergleichsverfahren das Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 maßgebend.

Soweit der gegenwärtige Vertrag auf die Bestimmungen des Haager Abkommens verweist, finden sie im Verhältnis zwischen den vertragschließenden Teilen Anwendung, ungeachtet des Umstandes, ob sie Teilnehmer des Abkommens sind oder nicht.

Sofern weder der gegenwärtige Vertrag noch die Schiedsordnung noch die sonst zwischen den vertragschließenden Teilen bestehenden Übereinkünfte die Fristen und andere Einzelheiten des Schiedsgerichts- oder Vergleichsverfahrens festlegen, ist das Schiedsgericht oder der Ständige Vergleichsrat selbst befugt, die erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

Artikel 22

Der gegenwärtige Vertrag soll so bald als möglich ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Der Vertrag gilt für die Dauer von zehn Jahren. Wird er nicht sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt, so bleibt er für weitere zwei Jahre in Kraft. Das gleiche gilt, wenn der Vertrag nicht mit der bezeichneten Frist gekündigt wird, für die spätere Zeit.

Ein Schiedsgerichtsverfahren oder ein Vergleichsverfahren, das bei Ablauf des gegenwärtigen Vertrags schwebt, nimmt seinen Lauf nach den Bestimmungen dieses Vertrags oder eines anderen Abkommens, das von den vertragschließenden Teilen an dieser Stelle vereinbart wird.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und estnischer Sprache in Berlin am 10. August 1925.

(gez.) **Stresemann**

Kumbki Lepinguoseline kannab omad asjaajamise kulud, samuti poole kuludest, mis alalise lepitusnõukogu poolt ühisteks tunnustatakse.

Artikkel 20

Vahekohtulisel menetlusel tehtud otsust tuleb Lepinguosalistel truuilt ja ustavalt täita.

Lepinguosalised kohustuvad vahekohtulise ehk lepituse menetluse kestvusel võimalust mööda hoiduda igast sammust, mis vahekohtu otsuse täitmise ehk alalise lepitusnõukogu ettepanekute vastuvõtmise peale võiks takistavalt mõjuda. Selle eeskirja mõttes kestab lepituse menetlus tähtajani, mille alaline lepitusnõukogu määrab vastuvõtmise teadaandmiseks tüliosaliste poolt.

Vahekohus võib ühe tüliosalise nõudmisel korraldust teha ettehoolitsevalt abinõude tarvituselevõtmiseks, niivõrd kui neid on võimalik teostada Lepinguosaliste poolt administratiiv-korras; samuti võib alaline lepitusnõukogu ettepanekuid teha samal otstarbel.

Artikkel 21

Kui käesoleva lepingu ehk lahendamiskorra eeskirjad seda teisiti ei määra, on vahekohtulise ehk lepituse menetluse kohta mõõduandev Haagi konventsioon 18. oktoobrist 1907, rahvusvaheliste tüliküsimuste lahendamise kohta rahulisel teel.

Niivõrd kui käesolev leping määrab selle Haagi konventsiooni eeskirjade tarvitamist, leiavad need mõlema Lepinguosalise vahel käsitsemist vaatamata selle asjaolu peale, kas nad on konventsiooni osalised või mitte.

Vahekohus ehk alaline lepitusnõukogu on ise volitatud tarvilikke eeskirju andma, niivõrd kui käesolev leping ega lahendamiskord ega muud lepinguosaliste vahelised kokkulepped ei määra kindlaks tähtaegasid ja teisi vahekohtulise ehk lepituse menetluse üksikasju.

Artikkel 22

Käesolev leping tuleb võimalikult pea ratifitseerida. Ratifikatsiooni kirjad tulevad vahetada Berliinis.

Leping astub jõusse üks kuu pärast ratifikatsiooni kirjade vahetamist.

Leping on maksev kümne aasta kestvusel. Kui teda üles ei öelda kuus kuud enne selle tähtaja lõppu, jääb tema maksma veel kaks aastat. Seesama maksab ka hiljema aja kohta, kui lepingut üles ei öelda eeltähendatud ülesütlustähtajast kinni pidades.

Vahekohtulist menetlust ehk lepituse menetlust, mis käesoleva lepingu maksvuse kaotamise ajal käimas, jatkatakse kas käesoleva lepingu ehk mingisuguse teise kokkuleppe eeskirjade kohaselt, mille kohta Lepinguosaliste vahel selle lepingu asemel kokku lepitakse.

Selle tõenduseks on täisvolinikud käesoleva lepingu alla kirjutanud.

Valmistatud kahekordses algkirjas eesti ja saksa keeles.

Berlinis, 10. augustil 1925.

(gez.) **Pusta**

Schlußprotokoll

zu dem deutsch-estnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrage

1. Die vertragschließenden Teile gehen von der Ansicht aus, daß die einzelnen Bestimmungen des Vertrags im Zweifel zugunsten der Anwendung des Grundsatzes der schiedsgerichtlichen Erledigung von Streitigkeiten auszulegen sind.

2. Die vertragschließenden Teile erklären, daß der Vertrag auch dann Anwendung findet, wenn eine Streitigkeit in Ereignissen ihren Ursprung hat, die zeitlich vor seinem Abschluß liegen. Etwaige mit Ereignissen des Weltkrieges in unmittelbarem Zusammenhange stehende Streitigkeiten werden jedoch mit Rücksicht auf ihre allgemeine politische Bedeutung hiervon ausgeschlossen.

3. Die Tatsache, daß an einer Streitigkeit dritte Staaten beteiligt sind, schließt die Anwendung des Vertrags nicht aus. Die vertragschließenden Teile werden gegebenenfalls dahin wirken, die dritten Staaten zum Anschluß an das Schiedsgericht- oder Vergleichsverfahren zu veranlassen. Für diesen Fall bleibt es den beiderseitigen Regierungen vorbehalten, im gemeinsamen Einverständnis eine besondere Zusammensetzung des Schiedsgerichts oder des Ständigen Vergleichsrats vorzusehen. Kann eine Verständigung mit den dritten Staaten über deren Anschluß nicht binnen angemessener Frist herbeigeführt werden, so nimmt das Verfahren zwischen den vertragschließenden Teilen mit Wirkung nur für diese den im Vertrag vorgesehenen Verlauf.

4. Die vertragschließenden Teile erklären, daß Streitigkeiten zwischen Deutschland und einem dritten Staate, an denen Estland in seiner Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes beteiligt werden könnte, nicht als Streitigkeit zwischen den vertragschließenden Teilen im Sinne des Vertrags angesehen werden können.

Berlin, den 10. August 1925.

(gez.) **Stresemann**

Lõpuprotokoll

Eesti-Saksa Vahekohtu ja Lepituse Lepingu Juure

1. Lepinguosalised lähevad välja seisukohalt, et selle lepingu lahkarvamisi-tekitavaid eeskirju tuleb tõlgitseda tüliküsimuste vahekohtulise lahendamise põhimõtte tarvitamise kasuks.

2. Lepinguosalised tõendavad, et leping ka siis tarvitusele tuleb, kui tüliküsimus on tekkinud enne tema sõlmimist ettetulnud sündmustest. Välja arvatud on võimalikud, ilmasõja sündmustega otsekoheselt ühendusesseisvad tüliküsimused, silmas pidades nende üldist poliitilist tähendust.

3. Asjaolu, et tüliküsimuses osalisteks on kolmandad riigid, ei takista käesoleva lepingu tarvituselevõtmist. Lepinguosalised saavad antud juhtumusel selles sihis töötama, et nende kolmandate riikide nõusolekut saavutada nende ühinemiseks vahekohtulise ehk lepituse menetlusega. Niisugusel juhtumisel jääb mõlemate Lepinguosaliste valitsustele õigus, ühisel kokkuleppel erilist koosseisu ette näha vahekohtule ehk alalisele lepitusnõukogule. Kui võimalik ei ole kolmandate riikidega teatud tähtaja jooksul kokkuleppele jõuda nende ühinemise asjus, siis sünnib menetlus Lepinguosaliste vahel lepingus ettenähtud korras ja selle tagajärjed on maksvad ainult Lepinguosaliste kohta.

4. Lepinguosalised tõendavad, et tüliküsimusi Saksamaa ja mõne kolmanda riigi vahel, mille osaliseks Eesti võiks saada Rahvaste Liidu liikmena, ei või pidada tüliküsimusteks lepinguosaliste vahel käesoleva lepingu mõttes.

Berlinis, 10. augustil 1925.

(gez.) **Pusta**

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. **Fortlaufender Bezug** nur durch die **Postanstalten**. Der Bezugspreis beträgt für Teil I vierteljährlich 1,00 RM, für Teil II vierteljährlich 1,00 RM.

Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Gesetzsammlungsamt**, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. Preis für den achtseit. Bogen 10 Pf. (aus abgelauf. Jahrg. 8 Pf.). Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.